

Anlagen:



**Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg**

University of Applied Sciences

**Eine Analyse der aktuell diskutierten
Modelle und Lösungsansätze zur
Vermeidung von Altersarmut - wie
weit sind sie vom
Grundsicherungsniveau entfernt?**

**Anlagen zur
Bachelorarbeit**

zur Erlangung des Grades eines
Bachelor of Arts (B.A.)
im Studiengang Rentenversicherung – Public Management

vorgelegt von

Niklas Ganz
Dr.-Eugen-Essig-Str. 52
76316 Malsch

Studienjahr 2013/2014
Erstbetreuer: Frau Elke Gaugel
Zweitbetreuer: Frau Prof. Annemarie Diebold

Anlagen:

Anlage 1:

- Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Arbeit und Lebensqualität im Alter; http://www.bib-demografie.de/DE/Institut/Mitarbeiter/Vortraege/mergenthaler_abs1.html, abgerufen am 21.04.2014



The screenshot shows the website of the Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BIB). The header features the BIB logo and a navigation bar with links: 'Aktuelles', 'Das Institut', 'Forschung', 'Zahlen und Fakten', and 'Veröffentlichungen'. A left sidebar contains a menu with items like 'Aktuelle Meldungen', 'Grafik des Monats', 'Pressemitteilungen', 'Institutsleitung', 'Mitarbeiter', 'Kuratorium', 'Demografieportal', 'Qualitätssicherung', 'Jahresberichte', 'Jobs', and 'Kontakt'. The main content area is titled 'Arbeit und Lebensqualität im Alter' and includes a sub-header 'Ein Gewinn für Mensch und Gesellschaft?'. Below this is a 'Kurzstatement zur Podiumsdiskussion' with three bullet points discussing the changing image of aging, the potential of older workers, and the distribution of opportunities for a 'productive age'.

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Aktuelles

Aktuelle Meldungen
Grafik des Monats
Pressemitteilungen
Institutsleitung
Mitarbeiter
Kuratorium
Demografieportal
Qualitätssicherung
Jahresberichte
Jobs
Kontakt

Das Institut **Forschung** **Zahlen und Fakten** **Veröffentlichungen**

Mitarbeiter > Arbeit und Lebensqualität im Alter

Arbeit und Lebensqualität im Alter

Ein Gewinn für Mensch und Gesellschaft?

Kurzstatement zur Podiumsdiskussion

- Das Altersbild wandelt sich:
In den letzten Jahren wurde das Leitbild eines zurückgezogenen, passiven Alters zunehmend durch die Vorstellung eines aktiven, ja produktiven Alters abgelöst. Mit dieser Diskussion verbindet sich die Hoffnung, dass die „Baby Boomer“ auch im hohen Lebensalter ihren Teil zu Wirtschaft und Gesellschaft im demografischen Wandel beitragen.
- Die „Potenziale des Alters“ umfassen verschiedene Formen von Arbeit:
Das in diesem Zusammenhang sichtbarste Signal ist die schrittweise Anhebung des gesetzlichen Rentenalters um zwei Jahre, besser bekannt als „Rente mit 67“. Die Fokussierung auf diese Regelung mag verdecken, dass es bei dem Thema „Arbeit und Produktivität“ im hohen Lebensalter keineswegs nur um die Ausweitung der Lebensarbeitszeit im Sinne eines verlängerten Erwerbslebens geht. Vielmehr werden auch die Potenziale alter Menschen in der Zivilgesellschaft und Familie betont.
- Die Chancen auf ein „produktives Alter“ sind nicht gleich verteilt:
Die Chancen, im Alter einer dieser Formen von Arbeit nachzugehen, sind in Abhängigkeit der Lebenslage ungleich verteilt. Gerade am Beispiel der

Anlagen:

Erwerbsarbeit zeigt sich, dass eine Verlängerung über die Rentengrenze hinaus nicht nur Ausdruck von Selbstverwirklichung oder Lebensqualität ist, sondern auch prekäre materielle Lebensverhältnisse widerspiegeln kann. So sind z.B. Menschen mit gebrochenen Erwerbsbiographien im Alter auf eine Erwerbsarbeit angewiesen, um Altersarmut aufgrund einer geringen Altersrente zu entgehen oder diese abzumildern.

- Der Zusammenhang zwischen Arbeit und Lebensqualität im Alter ist vielschichtig: Der Zusammenhang zwischen den verschiedenen Formen von Arbeit und Lebensqualität im Alter sollte daher differenziert betrachtet werden. Sind Arbeiten im Rentenalter die Folge gelebter Autonomie und Selbstbestimmung, so wirken sie sich förderlich auf die Lebensqualität aus und leisten zugleich einen Beitrag zur Solidargemeinschaft („Win-Win-Situation“); sind sie demgegenüber Ausdruck von Zwang und prekären Lebensverhältnissen, so können sie sich sogar nachteilig auf das individuelle Wohlbefinden auswirken.

Zurück

➤ [Vorträge von Dr. Andreas Mergenthaler](#)

 [Seite drucken](#)  [Seite empfehlen](#)  [Impressum](#)

© Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung - 2014

Anlagen:

Anlage 2:

- Bundeszentrale für politische Bildung: Soziale Sicherung in Deutschland; <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/18226/soziale-sicherung>, abgerufen am 22.02.2014



europics.net | fluter.de | hanisauland.de | apuz | izpb | deutschlandarchiv

Nachschlagen | Lexika | Das Politiklexikon | S | Soziale Sicherung

Soziale Sicherung

S. S. ist ein Sammelbegriff für die drei Säulen des sozialen Sicherungssystems in D:

1. die gesetzliche Sozialversicherung,
2. die soziale Versorgung und
3. die Sozialfürsorge.

1) Die gesetzliche Sozialversicherung umfasst: a) die gesetzliche Krankenversicherung (GKV), die sich aus Beiträgen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer finanziert. Der Beitrag hängt vom individuellen Einkommen des Arbeitnehmers ab. Träger der GKV sind die (Allgemeinen) Ortskrankenkassen, die Betriebs-, Innungs-, landwirtschaftlichen und Ersatzkrankenkassen, die See-Krankenkasse und die Knappschaft. b) Die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) finanziert sich aus (jeweils zur Hälfte entrichteten) Beiträgen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber. Träger der GRV sind die Deutsche Rentenversicherung Bund und die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See. c) Die Gesetzliche Unfallversicherung (GUV), deren Beiträge ausschließlich von den Unternehmen bzw. den öffentlichen Arbeitgebern entrichtet werden. Träger sind die gewerblichen und Berufsgenossenschaften. d) Die Arbeitsförderung/Arbeitslosenversicherung wird im Wesentlichen durch (jeweils zur Hälfte entrichtete) Beiträge der Versicherten und der Unternehmen finanziert. e) Die gesetzliche Pflegeversicherung, die jeweils zur Hälfte von den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern gezahlt wird, sofern der Beschäftigungsort in einem Bundesland liegt, das einen gesetzlichen Feiertag abgeschafft hat. Ist dies nicht der Fall (Sachsen), trägt der Arbeitnehmer den gesamten Beitragssatz, der 2005 bei 1,7 % lag, Kinderlose bezahlen 0,25 % Beitragszuschlag. Träger sind die Pflegekassen, deren Aufgaben von den Krankenkassen wahrgenommen werden. Die wichtigsten Merkmale der gesetzlichen Sozialversicherung sind: a) Der Beitrag ist prozentualer Teil des Einkommens, und die Leistungen sind entweder für alle Berechtigten gleich hoch (z. B. medizinische Leistungen) oder proportional zum zuvor bezogenen Einkommen (Rente, Arbeitslosen- und Krankengeld). b) Beim Arbeitslosengeld erhalten Versicherte mit Kindern einen höheren Betrag als kinderlose Anspruchsberechtigte. c) Bei den Renten- und Gesundheitsleistungen sind Angehörige mitversichert. In den drei großen Bereichen GRV, GKV und ALV sind steigende Steuerzuschüsse zu verzeichnen.

Anlagen:

2) Die soziale Versorgung umfasst: a) die Kriegs- und Gewaltopferversorgung, die über Steuern finanziert wird und von den Versorgungsämtern auf kommunaler bzw. Kreisebene geleistet wird. Ausgenommen hiervon ist die Kriegsofopferfürsorge, die von den Fürsorgestellen der Sozialämter erbracht wird. b) Das Kinder- und Erziehungsgeld, wofür die Familienkassen der Arbeitsämter bzw. die Familienkassen der öffentlichen Arbeitgeber zuständig sind (das Kindergeld beträgt 2010 für das 1. bis 2. Kind 184 €, für das 3. 190 € und für jedes weitere Kind 215 €. Das Elterngeld löst das bisherige Erziehungsgeld ab und richtet sich nach dem Einkommen. Es beträgt 67 % des Einkommens (max. 1.800 €) und wird bis zu 14 Monate gezahlt. c) Das Wohngeld fällt in den Zuständigkeitsbereich der Wohngeldbehörden der Gemeinde-, Stadt-, Amts- oder Kreisverwaltungen; ob und in welcher Höhe Wohngeld gezahlt wird, hängt z. B. von der Höhe des Familieneinkommens, der Anzahl der Familienmitglieder etc. ab. d) Die Bundesausbildungsförderung wird Schülern und Schülerinnen als Zuschuss und Studierenden jeweils zur Hälfte als Zuschuss bzw. Darlehen gezahlt. Die Kosten werden zu 65 % vom Bund und zu 35 % vom Land getragen.

3) Die Sozialfürsorge umfasst: a) Die Grundsicherung für Arbeitssuchende – auch Arbeitslosengeld II (ALG II) genannt – als von eigenen Beitragszahlungen unabhängige Leistung, die nach SGB II bedürftigen erwerbslosen Personen bei Arbeitslosigkeit zusteht. Sie ist das aus der Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld entstanden. Der Regelsatz für eine alleinstehende Person betrug 2010 359 €. Träger dieser Leistung sind die Agenturen für Arbeit und/oder die Kommunen. Die nach 2005 verbliebene Sozialhilfe (SGB XII) steht nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen zu. Im SGB XII sind weiter die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung geregelt. b) Die Jugendhilfe steht Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zur Sicherung ihres Rechts auf »Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit« zur Verfügung. Die Verantwortung für die Jugendhilfe liegt bei den örtlichen Jugendämtern und den Landesjugendämtern. Die Durchführung erfolgt jedoch in der Praxis durch die anerkannten Träger Freier Wohlfahrtspflege (z. B. die Wohlfahrtsverbände).

Siehe auch:

Sozialgerichtsbarkeit

Sozialgesetzbuch (SGB)

Wohlfahrtsverbände

Quelle: Schubert, Klaus/Martina Klein: Das Politiklexikon. 5., aktual. Aufl. Bonn: Dietz 2011.

Anlagen:

Anlage 3:

- Deutsche Rentenversicherung: Pressemitteilungen, Stellungnahme zu aktuellen Medienberichten über Altersarmut; http://www.deutsche-rentenversicherung.de/Allgemein/de/Inhalt/4_Presse/infos_der_pressestelle/02_medieninformationen/01_pressemitteilungen/2012/2012_9_3_zu_schussrente.html, abgerufen am 06.04.2014

Home → Presse → Informationen der Pressestelle → Medieninformationen → Pressemitteilungen → Stellungnahme der Deutschen Rentenversicherung

ANSPRECHPARTNER	<h2>Stellungnahme der Deutschen Rentenversicherung</h2> <p>zu aktuellen Medienberichten über Altersarmut</p> <p>Erscheinungsdatum: 03.09.2012</p> <p>Zu aktuellen Medienberichten, wonach laut Berechnungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) auch langjährig versicherte Vollzeitbeschäftigte künftig in hohem Maße von Altersarmut bedroht seien, nimmt die Deutsche Rentenversicherung wie folgt Stellung:</p> <ul style="list-style-type: none">• Die vorgelegten Zahlen beziehen sich laut Ministerium auf Fallgestaltungen, in denen Beschäftigte 35 Jahre Vollzeit gearbeitet haben, keine Erwerbsunterbrechungen und weder Kindererziehungszeiten noch Pflegezeiten aufweisen. Damit bleiben aber bei einer Regelaltersgrenze von aktuell bereits über 65 Jahren wenigstens weitere zehn Jahre der Erwerbsbiografie nicht berücksichtigt. Allenfalls könnte es sich dabei um Personen handeln, die in den verbleibenden Jahren im erwerbsfähigen Alter arbeitslos waren oder einer selbständigen Erwerbsarbeit nachgingen. Wenn dies jedoch der Fall ist, sollte Versorgungsdefiziten zielgerichtet durch eine bessere rentenrechtliche Absicherung dieser Tatbestände entgegengewirkt werden.
MEDIENINFORMATIONEN	
Pressemitteilungen	
Aktuelle Pressemitteilungen der Deutschen Rentenversicherung	
Aktuelle Pressemitteilungen aller RV-Träger	
Archiv der Pressemitteilungen	
Pressemappen	
Reden anlässlich der ...	
FAKTEN UND ZAHLEN	
BROSCHÜREN	

Anlagen:

- Mit den Rentenreformen von 2001 und 2004 hat der Gesetzgeber eine langfristige Senkung des Rentenniveaus eingeleitet, um die Beitragsbelastung der künftigen Erwerbstätigen zu begrenzen. Zugleich wurden staatliche Fördermaßnahmen eingeführt, mit denen der Aufbau einer individuellen ergänzenden kapitalgedeckten Altersvorsorge subventioniert wird. Damit soll gezielt auch Arbeitnehmern mit niedrigen Einkommen der Aufbau einer kapitalgedeckten Zusatzvorsorge ermöglicht werden. Sofern Versicherte diese Förderung nutzen, wird – nach den Berechnungen der Bundesregierung, wie sie im Rentenversicherungsbericht 2011 veröffentlicht wurden – im Alter zwar ihr Rentenniveau geringer, das Niveau ihrer Alterseinkünfte aus gesetzlicher Rente und Zusatzvorsorge insgesamt aber sogar höher ausfallen als heute. Das Rentenniveau (vor Steuern) sinkt danach zwar im Zeitraum von 2008 bis 2025 von 50,5 Prozent auf 46,2 Prozent, das Versorgungsniveau (vor Steuern) einschließlich Riester-Rente steigt aber auf 51,3 Prozent an (Übersicht B 8 im Rentenversicherungsbericht 2011).
- In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass eine niedrige gesetzliche Rente nicht zwangsläufig mit Armut im Alter gleichzusetzen ist. Hierauf hat auch die Bundesregierung in der Vergangenheit zu Recht immer wieder hingewiesen; so etwa ausdrücklich im Alterssicherungsbericht 2008. Armut ist zudem stets im Haushaltskontext zu sehen: Von Armut im Alter kann man nicht sprechen, wenn zwar das eigene Einkommen eines Versicherten niedrig ist, sein Ehepartner jedoch über ein entsprechend hohes Alterseinkommen verfügt. Der Zusammenhang zwischen Rentenniveau der gesetzlichen Rentenversicherung und Altersarmut ist deshalb weitaus komplexer, als es überschlägige Betrachtungen von Rentenzahlbeträgen auf Individualebene nahelegen.

Anlagen:

- Die jetzt vorgelegten Berechnungen sind als zusätzliche Argumentation zu Gunsten der Einführung einer Zuschussrente nicht geeignet. Die Zahlenbeispiele gehen laut Annahmen ausdrücklich davon aus, dass die Versicherten neben der gesetzlichen Rente keine zusätzliche Vorsorge haben. Bei Umsetzung der Pläne des Ministeriums bestünde in diesen Fällen allerdings auch kein Anspruch auf eine Zuschussrente, da diese langjährige Zusatzvorsorge und im Übrigen 45 Versicherungsjahre in der gesetzlichen Rentenversicherung voraussetzen.
- Es ist davon auszugehen, dass es bei Einführung der Zuschussrente zu Mehrbelastungen käme, die von den künftigen Steuerzahlern und auch von den Beitragszahlern finanziert werden müssten.



Seite empfehlen



Drucken

Anlagen:

Anlage 4:

- Deutsche Rentenversicherung: Standardrente und Rentenniveau;
http://www.deutsche-rentenversicherung.de/Allgemein/de/Navigation/6_Wir_ueber_uns/02_Fakten_und_Zahlen/02_kennzahlen_finanzen_vermoegen/1_kennzahlen_rechengroesse/Fen/standardrente_rentenniveau_node.html,
abgerufen am 28.02.2014

Home → Wir über uns → Fakten und Zahlen → Fakten und Zahlen → Kennzahlen und Finanzen → Kennzahlen und Rechengrößen → Standardrente und Rentenniveau			
FAKTEN UND ZAHLEN	Standardrente und Rentenniveau der allgemeinen Rentenversicherung 2013		
Werte der Rentenversicherung	Tabelle: Standardrente und Rentenniveau (Schätzung Oktober 2013)		
Kennzahlen und Finanzen	Standardrente mit 45 Versicherungsjahren (Jahresdurchschnitt, monatlicher Betrag)	Brutto	Netto vor Steuern
Kennzahlen und Rechengrößen	Alte Bundesländer	1.265 Euro	1.134 Euro
Standardrente und Rentenniveau	Standardrentenniveau (Alte Bundesländer)	45,0 %	48,7 %
Finanzielle Auswirkungen auf allgemeine Rentenversicherung			

Anlagen:

Anlage 5:

- Deutsche Sozialversicherung: Gesetzliche Rentenversicherung;
<http://www.deutsche-sozialversicherung.de/de/rentenversicherung/index.html>, abgerufen am 27.02.2014

Deutsche Sozialversicherung

Home | Impressum | Kontakt | Sitemap | English | Français

→ Wegweiser

→ Arbeitslosenversicherung

→ Krankenversicherung

→ Pflegeversicherung

→ Rentenversicherung

→ Versicherte

→ Leistungen

→ Finanzierung

→ Organisation

→ Geschichte

→ Adressen und Links

→ Unfallversicherung

→ Europa

Finanzierung

Die gesetzliche Rente folgt dem solidarischen Prinzip "Einer für alle - alle für einen". Sie wird im Wesentlichen durch Beiträge der Versicherten und ihrer Arbeitgeber, durch den Bundeszuschuss und sonstige Einnahmen der Rentenversicherungsträger finanziert.

Die Solidarität zwischen Jung und Alt - das Fundament unseres Rentensystems

In der Rentenversicherung gilt der Generationenvertrag. Das heißt, dass von den laufenden Beitragseinnahmen auch immer die laufenden Renten im Umlageverfahren gezahlt werden. Beim Umlageverfahren werden die Beiträge der Rentenversicherten direkt an die Rentner ausbezahlt.

Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern

Die gesetzliche Rentenversicherung wird hauptsächlich durch Beiträge der Beitragszahler finanziert. Arbeitnehmer und Arbeitgeber tragen die Beiträge entsprechend dem jeweils gültigen Beitragssatz je zur Hälfte. Die Beitragshöhe des Versicherten orientiert sich bis zu einer bestimmten Höhe am beitragspflichtigen Einkommen des Versicherten, der so genannten Beitragsbemessungsgrenze.

Seit dem 1. Januar 2013 liegt der Beitragssatz bei 18,9 Prozent des Bruttolohns oder -gehalts. Er ist für das gesamte Bundesgebiet gleich. Die Beitragsbemessungsgrenze liegt im Jahr 2014 in den alten Bundesländern bei 71.400 Euro im Jahr und in den neuen Bundesländern bei 60.000 Euro. Über die jährliche Rentenanpassung nehmen die Renten an der wirtschaftlichen Entwicklung der Löhne und Gehälter teil.

Äquivalenz zwischen Beitrag und Leistung

Die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland richten sich grundsätzlich nach der Höhe der gezahlten Beiträge. Durch das System der so genannten Entgeltpunkte wird pro Jahr ein bestimmter Rentenanspruch erworben, der sich an der relativen Einkommensposition des Versicherten orientiert. Der Durchschnittsverdiener erhält einen Entgeltpunkt gutgeschrieben; der, der die Beitragsbemessungsgrenze erreicht, rund zwei Entgeltpunkte und derjenige mit dem halben Durchschnittsverdienst einen halben Entgeltpunkt. Durch dieses System soll sichergestellt werden, dass die relative Einkommensposition der Versicherten während ihrer Erwerbstätigkeit auch in der Phase des Rentenbezugs beibehalten wird. Vollständige Beitragsäquivalenz ist im deutschen Rentensystem nicht gegeben. Es liegt jedoch eine Teilhabeäquivalenz vor, die gewährleistet, dass jeder Versicherte durch gleich hohe Beiträge gleichwertige Anrechte auf Rentenleistungen erwirbt.

Weitere Informationen zum Thema Rentenfinanzierung finden Sie unter www.deutsche-rentenversicherung.de.

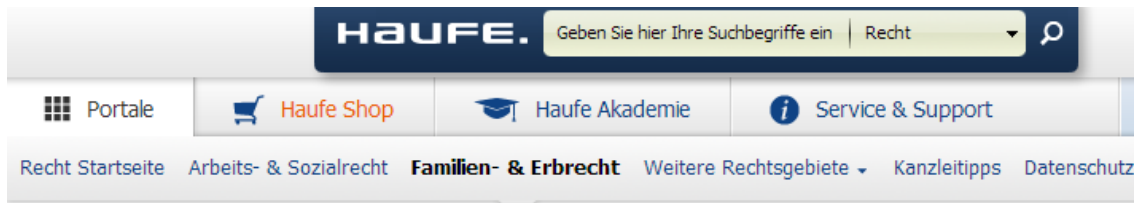
Aktuelle Informationen zum Thema Rente und Finanzen finden Sie außerdem auf der Internetseite der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland www.bundesregierung.de und auf der Internetseite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales www.bmas.bund.de.

Seitenanfang | Seite drucken |

Anlagen:

Anlage 6:

- Haufe: Gesetzlicher Anspruch auf frühkindliche Förderung durch die Zurverfügungstellung eines Betreuungsplatzes in der Kindertagespflege; http://www.haufe.de/recht/familien-erbrecht/u3-betreuungs-rechtsanspruch-auf-kita-platz-oder-tagesmutter_220_198490.html, abgerufen am 25.03.2014



16.09.2013

Tagesmutter reicht auch

U3-Betreuung: Kein Rechtsanspruch auf Kita-Platz



Bild: Haufe Online Redaktion

Seit dem 1.8.2013 besteht ein gesetzlicher Anspruch auf frühkindliche Förderung durch das Zurverfügungstellen eines Betreuungsplatzes in der Kindertagespflege. Wer hieraus schließt, er habe einen Anspruch, seine Kinder in einer Kita unterzubringen, liegt falsch.

Dem am 2.9.2010 geborenen Antragsteller wurde von der Stadt Köln ein **Kitaplatz** zugewiesen, der **5,8 km von der elterlichen Wohnung entfernt** lag. Zuvor hatte die Stadt Köln dem Antragsteller angeboten, von einer **Tagesmutter im näheren**

Wohnumfeld versorgt zu werden. Dieses Angebot wiesen die Eltern des Antragstellers zurück und bestanden auf Betreuung in einer Kita in kürzerer Entfernung von ihrer Wohnung. Nachdem die Stadt hierauf nicht eingehen wollte, reichte der Antragsteller beim VG Köln einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung ein.

Anlagen:

Anlage 7:

- Sozialverband Deutschland und ver.di: Rentenzuschuss statt Zuschussrente;
<http://www.sovd.de/fileadmin/downloads/pdf/stellungnahmen/2012-06-21-Rentenzuschuss.pdf>, abgerufen am 09.03.2014



Berlin, Juni 2012

Rentenzuschuss statt Zuschussrente

Im SoVD und bei ver.di wird schon seit langem diskutiert, Renteneinkünfte – entsprechend dem so genannten Erwerbstätigenfreibetrag bei Hartz IV – von der Einkommensanrechnung bei der „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ teilweise freizustellen. SoVD und ver.di sehen hierin eine zielgenauere und systemgerechte Alternative zu dem Vorschlag der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, eine Zuschussrente für besondere Personengruppen einzuführen.

Mit dem vorgeschlagenen Rentenzuschuss aus der Grundsicherung könnte – wie von der Bundesministerin für Arbeit und Soziales beabsichtigt – garantiert werden, dass diejenigen Versicherten, die „ein Leben lang gearbeitet und vorgesorgt“¹ oder gesellschaftlich relevante Leistungen wie Kindererziehungs- und Pflegearbeit erbracht haben, ein Alterseinkommen oberhalb der Grundsicherung erhalten. Auch aus finanzpolitischer Hinsicht wäre ein solcher Rentenzuschuss sachgerechter. Da es sich bei einem solchen Rentenzuschuss um eine Leistungsverbesserung in der Grundsicherung handelt, wäre sichergestellt, dass er als gesamtgesellschaftliche Aufgabe in vollem Umfang aus Steuermitteln finanziert wird. Gleichzeitig wäre er für die weitere Entwicklung des Beitragsatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung unerheblich. Ein weiterer Vorteil des Rentenzuschusses aus der Grundsicherung wäre, dass er die mit der geplanten Zuschussrente verbundene, zusätzliche Bedarfsprüfung durch die Rentenversicherungsträger entbehrlich machen würde.

Anlagen:

Mit der Zuschussrente, wie sie von der Ministerin geplant ist, ist eine derartig zielführende und systemgerechte Lösung nicht erreichbar. Hinzu kommt, dass die Hürden für ihre Inanspruchnahme zu hoch sind. Diejenigen, die einen Zuschuss benötigen, erfüllen die hohen Anforderungen häufig nicht und diejenigen, die sie erfüllen würden, haben regelmäßig Alterseinkünfte oberhalb der Grenze von rd. 850 Euro (31 Entgeltpunkte). Insbesondere die Voraussetzungen der erforderlichen 30 bzw. 35 Beitragsjahre können Beschäftigte in geringfügigen Minijobs und Versicherte mit langen Zeiten der Arbeitslosigkeit nicht erfüllen. Auch haben Geringverdienende nur selten die finanziellen Mittel, zusätzlich für das Alter vorzusorgen, so dass auch diese Voraussetzung für die Zu-

¹ BMAS, Das Rentenpaket, 22.3.2012, S. 6.

schussrente in vielen Fällen nicht erfüllt wird. Nach Berechnungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales kommen deshalb im ersten Jahr der Einführung nur etwa 50.000 Personen in den Genuss der Zuschussrente. Diese garantiert jedoch keineswegs ein Alterseinkommen von rd. 850 Euro monatlich, da der „Zuschuss“ nur eine Aufstockung der maßgeblichen Entgeltpunkte bewirkt. Trotz Zuschussrente werden daher immer noch viele Versicherte, insbesondere Frauen in Teilzeit, in 400 Euro-Minijobs und Geringverdienende mit kleinen gesetzlichen Renten auf Grundsicherung im Alter und Erwerbsminderung angewiesen sein.

Die richtige Idee „Vorsorge muss sich lohnen“ wird mit der Zuschussrente nicht umgesetzt. Deshalb ist es zielführend, dort anzusetzen, wo die Nichtanerkennung von Vorsorge stattfindet – in der Grundsicherung. Grundsicherung ist – wie die Sozialhilfe – eine subsidiäre Sozialleistung, d. h. sie wird nur dann und in dem Umfang gezahlt, wie den Betroffenen keine anderen Einkünfte (z. B. Erwerbseinkommen, Renten, Kindergeld, Wohngeld, Riester-Rente oder Ähnliches) zur Verfügung stehen. Wer aber für das Alter vorgesorgt hat, muss im Alter mehr haben als diejenigen, „die – aus welchen

Anlagen:

Gründen auch immer – im Erwerbsleben keinen Grundstock fürs Alter gebildet oder sich schlicht nicht um ihre Alterssicherung gekümmert haben². Diese Gerechtigkeitslücke kann durch einen Rentenzuschuss aus der Grundsicherung systemgerecht geschlossen werden.

Für diejenigen, die vorgesorgt haben und trotzdem auf nur sehr niedrige Renten kommen, fordern SoVD und ver.di einen zusätzlichen gestaffelten Rentenzuschuss aus der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, der sich aus der teilweisen Nichtanrechnung von Altersvorsorgeeinkommen bei der Grundsicherung ergibt:

Anrechnungsfreiheit der Renteneinkünfte bis 100 Euro,
Anrechnungsfreiheit der Renteneinkünfte zwischen 100 und 200 Euro zu 50 Prozent
und
Anrechnungsfreiheit der Renteneinkünfte zwischen 200 und 300 Euro zu 25 Prozent.

Diese Nichtanrechnung von gesetzlicher, betrieblicher und (geförderter) privater³ Vorsorge würde dazu führen, dass maximal 175 Euro auf die Grundsicherung nicht angerechnet würden. Anders als bei der Zuschussrente zählt – systematisch richtig – die Altersabsicherung im Pflichtversicherungssystem der gesetzlichen, obligatorischen Rentenversicherung ebenfalls als Vorsorge.

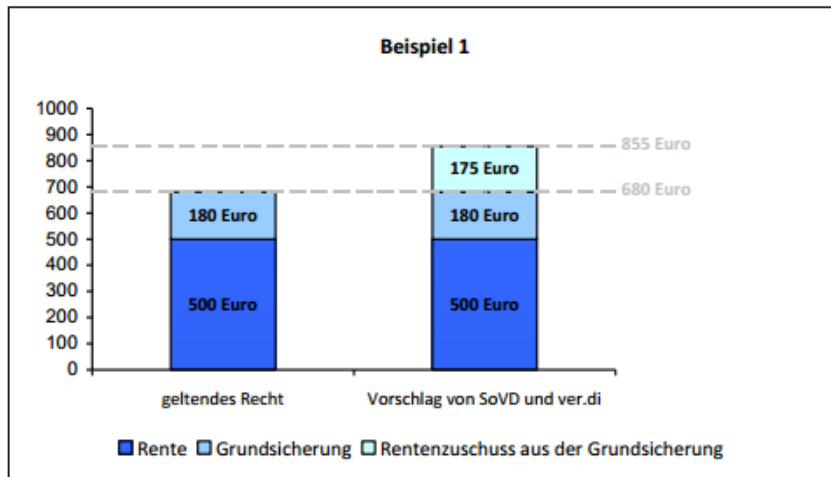
Der Nichtanrechnungsbetrag bei der Grundsicherung würde als Rentenzuschuss gewährt, der von den Grundsicherungsämtern administriert werden müsste. Bei einem derzeitigen Grundsicherungsbedarf von durchschnittlich 680 Euro ergäbe dies eine Gesamtabdeckung im Alter und bei Erwerbsminderung von rd. 850 Euro im Monat und entspricht damit dem vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales anvisierten Betrag bei maximaler Inanspruchnahme der Zuschussrente.

² BMAS, Das Rentenpaket, 22.3.2012, S. 6.

³ Riester- und Rürup-Renten.

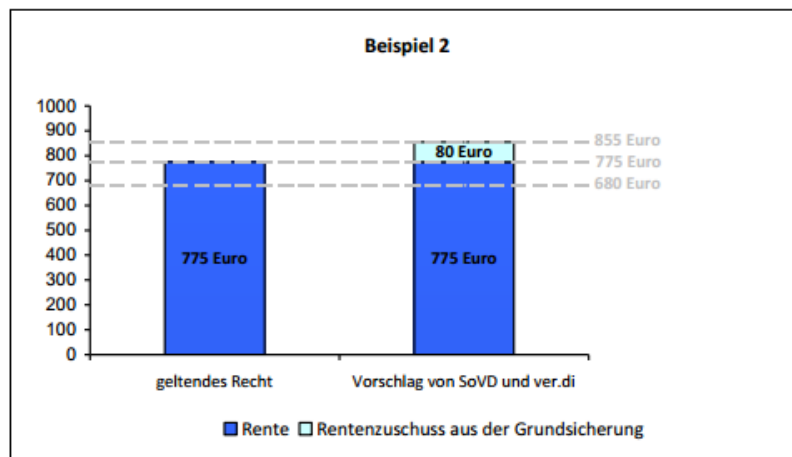
Anlagen:

Beispiel 1: Frau A hat eine gesetzliche Rente von 500 Euro. Ihr Grundsicherungsbedarf beträgt 680 Euro. Nach geltender Rechtslage hätte sie einen ergänzenden Grundsicherungsanspruch von 180 Euro. Die teilweise Nichtanrechnung ihrer gesetzlichen Rente hätte zur Folge, dass nicht 500 Euro, sondern nur 325 Euro (500 Euro - 175 Euro) angerechnet würden. Hierdurch hätte sie einen Anspruch auf einen zusätzlichen Rentenzuschuss aus der Grundsicherung in Höhe von 175 Euro, so dass sie vom Grundsicherungsamt insgesamt 355 Euro (175 Euro + 180 Euro) erhalten würde. Sie hätte somit ein Gesamterwerbseinkommen von 855 Euro.



Beispiel 2: Herr B hat eine Rente von 775 Euro. Damit liegt sein Einkommen über der durchschnittlichen Grundsicherungsgrenze von rd. 680 Euro. Da er jedoch für das Alter vorgesorgt hat, werden 175 Euro seiner Rente nicht auf die Grundsicherung angerechnet. Da der Rentenzuschuss max. 175 Euro über der Grundsicherungsgrenze liegt, hat er Anspruch auf einen Zuschuss von 80 Euro und damit steht ihm insgesamt ein Alterseinkommen von 855 Euro zur Verfügung (775 Euro + 80 Euro).

Anlagen:



Der Rentenzuschuss setzt am System der armutsvermeidenden Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung an und verhindert gezielt und systemgerecht Gerechtigkeitslücken, die dadurch entstehen, dass Altersvorsorge gegenwärtig in vollem Umfang bei den Grundsicherungsleistungen angerechnet werden. Eine zielgenaue und ursachenadäquate Lösung für das Problem der steigenden Altersarmut erfordert darüber hinaus eine bessere rentenrechtliche Absicherung in der Erwerbsphase und bessere Leistungen in der Rentenbezugsphase. Hierzu müssen insbesondere die Ausufahrung der prekären Beschäftigung konsequent bekämpft, ein bundeseinheitlicher gesetzlicher Mindestlohn eingeführt und die soziale Absicherung von arbeitslosen und erwerbsgeminderten Menschen deutlich verbessert werden.

Anlagen:

Anlage 8:

- Statistisches Bundesamt: Bevölkerungsstand am 31.12.2012;
<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerung.html>, abgerufen am 18.04.2014

The screenshot shows the website of the Statistisches Bundesamt (Federal Statistical Office of Germany). The header includes the logo and navigation tabs: ZAHLEN & FAKTEN, PUBLIKATIONEN, PRESSE & SERVICE, and METHODEN. The breadcrumb trail reads: Startseite > Zahlen & Fakten > Gesellschaft & Staat > Bevölkerung. A left sidebar lists various indicators under 'Indikatoren', with 'Bevölkerung' selected. The main content area is titled 'KURZ ERLÄUTERT' and features a section on 'Bevölkerungsentwicklung'. This section explains that the change in the population status is characterized by population development in Germany, based on the 2011 census. It notes that the population count is based on births and arrivals, while deaths and departures reduce it. It also mentions that since a longer period, there has been a birth deficit in Germany, where more people die than are born. The 'Wanderungen' (migration) section covers data on people who have left or arrived in Germany. The text concludes that the basis for future policy and planning is the 'Bevölkerungsvorausberechnung' (population projection).

STATIS
Statistisches Bundesamt

ZAHLEN & FAKTEN | PUBLIKATIONEN | PRESSE & SERVICE | METHODEN

Startseite > Zahlen & Fakten > Gesellschaft & Staat > Bevölkerung

Indikatoren

- Gesamtwirtschaft & Umwelt
- Wirtschaftsbereiche
- Gesellschaft & Staat
 - Bevölkerung
 - Bevölkerungsstand
 - Bevölkerungsvorausberechnung
 - Haushalte & Familien
 - Haushaltsvorausberechnung
 - Migration & Integration
 - Geburten
 - Sterbefälle, Lebenserwartung
 - Eheschließungen
 - Ehescheidungen
 - Wanderungen
 - Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen
 - Bildung, Forschung, Kultur

KURZ ERLÄUTERT

Bevölkerungsentwicklung

Die zeitliche Veränderung des **Bevölkerungsstandes** charakterisiert die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland. Mit den Ergebnissen des Zensus 2011 wird die Berechnung des Bevölkerungsstandes auf eine neue Grundlage gestellt. Während eines Jahres steigt die Bevölkerungszahl durch **Geburten** und Zuzüge aus dem Ausland und wird gleichzeitig durch **Sterbefälle** und Fortzüge ins Ausland vermindert. In Deutschland gibt es seit Längerem ein Geburtendefizit, da jedes Jahr mehr Personen sterben als geboren werden. Die Rubrik **Wanderungen** umfasst Daten zu Personen, die Deutschland verlassen haben oder hierher gekommen sind. Entscheidend für die Bevölkerungsentwicklung ist die Differenz zwischen Zuzügen und Fortzügen, der sogenannte Wanderungssaldo.

Die Grundlage für eine vorausschauende Politik und Planung sind fundierte Vorstellungen über die künftige Bevölkerungsentwicklung. Hierfür gibt es die **Bevölkerungsvorausberechnung**.

Bevölkerungsentwicklung

- Familien- und Lebensformen
- Migration

Anlagen:

 **Bevölkerung**

AUF EINEN BLICK

Bevölkerung (31.12.)	2012	80,5 Mill.
Lebendgeborene	2012	673 544
Gestorbene	2012	869 582
Wanderungssaldo	2012	+368 945
Private Haushalte	2012	40,7 Mill.
Familien mit minderjährigen Kindern	2012	8,1 Mill.
Bevölkerung mit Migrationshintergrund	2012	20,0 %

PRESSEMITTEILUNGEN  

Ausländerzahl in Deutschland 2013 auf Rekordniveau
 [MELDUNG](#)

Erneuter Anstieg der Bevölkerung für 2013 erwartet
 [MELDUNG](#)

[→ Alle Pressemitteilungen zum Thema](#)

Anlagen:

Anlage 9:

- Statistisches Bundesamt: Grundsicherung, Anerkannte Aufwendungen für Unterkunft und Heizung je Bundesland;
https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Soziales/Sozialleistungen/Sozialhilfe/Grundsicherung/Tabellen/2_BL_EmpfBruttobedVerschMerkmEink.html, abgerufen am 14.03.2014

STATIS

Statistisches Bundesamt

ZAHLEN & FAKTEN

PUBLIKATIONEN

PRESSE & SERVICE

Startseite > Zahlen & Fakten > Gesellschaft & Staat > Soziales > Sozialleistungen > Sozialhilfe > Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Indikatoren

Gesamtwirtschaft & Umwelt

Wirtschaftsbereiche

Gesellschaft & Staat

→ Bevölkerung

→ Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

→ Bildung, Forschung, Kultur

→ Gesundheit

→ Soziales

→ Sozialbudget

→ Sozialleistungen

Sozialhilfe

Wohngeld

Kinder- & Jugendhilfe

Eltern- & Betreuungsgeld

Asylbewerberleistungen

→ Sozialversicherung

→ Sozialberichterstattung

→ Öffentliche Finanzen & Steuern

→ Rechtspflege

Länder & Regionen

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Empfängerinnen und Empfänger insgesamt, Länder, durchschnittliche Bedarfe am 31.12.2012

Bundesland	Insgesamt	Bruttobedarf	Anerkannte Aufwendungen für Unterkunft und Heizung	Angerechnetes Einkommen	Nettobedarf
Deutschland	899 846	699	310	350	441
Baden-Württemberg	83 487	704	317	339	459
Bayern	106 008	722	331	369	438
Berlin	66 811	680	328	378	439
Brandenburg	21 683	641	256	336	383
Bremen	13 396	728	324	370	446
Hamburg	33 889	796	387	397	499
Hessen	74 804	732	333	347	481
Mecklenburg-Vorpommern	19 080	646	266	330	376
Niedersachsen	95 299	685	295	339	445
Nordrhein-Westfalen	231 683	706	313	350	447
Rheinland-Pfalz	39 545	661	273	328	425
Saarland	13 393	695	295	343	430
Sachsen	27 349	621	245	316	367
Sachsen-Anhalt	23 376	640	272	330	364
Schleswig-Holstein	34 982	711	310	356	451
Thüringen	15 061	620	247	327	346

Die Durchschnittsbedarfe beziehen sich ausschließlich auf Empfängerinnen und Empfänger mit Aufwendungen für Unterkunft und Heizung bzw. mit angerechnetem Einkommen.

Anlagen:

Anlage 10:

- Statistisches Bundesamt: Grundsicherung; Durchschnittlich anerkannte Aufwendungen für Unterkunft und Heizung;
https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Soziales/Sozialleistungen/Sozialhilfe/Grundsicherung/Tabellen/6_Empf_DurchschnBetrVerschMerkmale.html, abgerufen am 28.02.2014

STATIS
Statistisches Bundesamt

ZAHLEN & FAKTEN

PUBLIKATIONEN

PRESSE & SERVICE

Startseite > Zahlen & Fakten > Gesellschaft & Staat > Soziales > Sozialleistungen > Sozialhilfe > Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Indikatoren

Gesamtwirtschaft & Umwelt

Wirtschaftsbereiche

Gesellschaft & Staat

→ Bevölkerung

→ Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

→ Bildung, Forschung, Kultur

→ Gesundheit

→ Soziales

→ Sozialbudget

→ Sozialleistungen

Sozialhilfe

Wohngeld

Kinder- & Jugendhilfe

Eltern- & Betreuungsgeld

Asylbewerberleistungen

→ Sozialversicherung

→ Sozialberichterstattung

→ Öffentliche Finanzen & Steuern

→ Rechtspflege

Länder & Regionen

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Empfängerinnen und Empfänger insgesamt, durchschnittliche Bedarfe am 31.12.2012


Empfängerinnen und Empfänger	Insgesamt	Bruttobedarf	Anerkannte Aufwendungen für Unterkunft und Heizung	Angerechnetes Einkommen	Nettobedarf
Insgesamt					
Insgesamt	899 846	699	310	350	441
Männlich	415 568	687	297	327	455
Weiblich	484 278	709	321	368	428
18 bis 65 Jahre (voll erwerbsgemindert)	435 010	677	296	291	491
Über 65 Jahre	464 836	719	323	393	393
Außerhalb von Einrichtungen					
Zusammen	705 100	706	307	356	434
Männlich	315 089	691	290	332	444
Weiblich	390 011	719	321	374	426
18 bis 65 Jahre (voll erwerbsgemindert)	305 472	679	287	299	476
Über 65 Jahre	399 628	727	321	391	402
In Einrichtungen					
Zusammen	194 746	672	322	325	466
Männlich	100 479	675	320	308	491
Weiblich	94 267	669	323	341	438
18 bis 65 Jahre (voll erwerbsgemindert)	129 538	674	317	266	528
Über 65 Jahre	65 208	669	330	405	343

Die Durchschnittsbedarfe beziehen sich ausschließlich auf Empfängerinnen und Empfänger mit Aufwendungen für Unterkunft und Heizung bzw. mit angerechnetem Einkommen.

Anlagen:

Anlage 11:

- Statistisches Bundesamt: Grundsicherung, Quoten vom 31.12.2003 bis 31.12.2012;
<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Soziales/Sozialleistungen/Sozialhilfe/Grundsicherung/Tabellen/ZeitvergleichQuoteAlterOrtStaatsangehoerigkeit.html>, abgerufen am 24.03.2014



Statistisches Bundesamt

ZAHLEN & FAKTEN | PUBLIKATIONEN | PRESSE & SERVICE | METH

Startseite > Zahlen & Fakten > Gesellschaft & Staat > Soziales > Sozialleistungen > Sozialhilfe > Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Indikatoren
Gesamtwirtschaft & Umwelt
Wirtschaftsbereiche
Gesellschaft & Staat
→ Bevölkerung
→ Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen
→ Bildung, Forschung, Kultur
→ Gesundheit
→ **Soziales**
→ Sozialbudget
→ Sozialleistungen
 Sozialhilfe
 Wohngeld
 Kinder- & Jugendhilfe
 Eltern- & Betreuungsgeld
 Asylbewerberleistungen
→ Sozialversicherung
→ Sozialberichterstattung
→ Öffentliche Finanzen & Steuern
→ Rechtspflege

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Insgesamt, Anteile nach Altersgruppen | Ort der Leistungserbringung | Staatsangehörigkeit

Empfängerinnen und Empfänger insgesamt nach Quote im Zeitvergleich am 31.12.

Jahr	Insgesamt ab 18 Jahre	Insgesamt ab 18 Jahre Quote in %	18 bis unter 65 Jahre	18 bis unter 65 Jahre Quote in %	65 Jahre und älter	65 Jahre und älter Quote in %
2003	438 831	0,7	181 097	0,3	257 734	1,7
2004	526 034	0,8	232 897	0,4	293 137	1,9
2005 ¹	630 295	0,9	287 440	0,6	342 855	2,2
2006	681 991	1,0	311 448	0,6	370 543	2,3
2007	732 602	1,1	340 234	0,7	392 368	2,4
2008	767 682	1,1	357 724	0,7	409 958	2,5
2009	763 864	1,1	364 027	0,7	399 837	2,4
2010	796 646	1,2	384 565	0,7	412 081	2,4
2011	844 030	1,2	407 820	0,8	436 210	2,6
2012	899 846	1,3	435 010	0,8	464 836	2,7

Länder & Regionen

¹ Mit hochgerechneten Daten für Bremen.
Bei den Quoten handelt es sich um den Anteil der Empfänger an der jeweiligen gleichaltrigen Bevölkerungsgruppe. Die Berechnung erfolgte mit der Bevölkerungszahl am 31.12.2012 auf der Grundlage früherer Zählungen (Volkszählung 1987 im ehemaligen Bundesgebiet und Registerzählung 1990 in der ehemaligen DDR). Ab dem Jahr 2012 gilt eine geänderte Altersstruktur

DATENBANKEN | STATISTIK ANSCHAULICH | STARK NACHGEFRAGT | GRUNDLAGEN | ONLINE

Anlagen:

Anlage 12:

- Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung vom 25. Oktober 2013, Nr. 361/13;
https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/10/PD13_361_634pdf.pdf?__blob=publicationFile, abgerufen am 14.02.2014

Statistisches Bundesamt

DESTATIS
wissen. nutzen.

Pressemitteilung vom 25. Oktober 2013 – 361/13

Fast jede sechste Person war 2011 armutsgefährdet

WIESBADEN – Fast jede sechste Person – das entsprach 16,1 % der Bevölkerung oder rund 13 Millionen Menschen – war in Deutschland im Jahr 2011 armutsgefährdet. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, hat sich damit der Anteil gegenüber 2010 (15,8 %) etwas erhöht. Dies ist ein zentrales Ergebnis aus der Erhebung LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2012.

Eine Person gilt nach der EU-Definition für EU-SILC als armutsgefährdet, wenn sie über weniger als 60 % des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung verfügt (Schwellenwert für Armutsgefährdung). 2011 lag der Schwellenwert für eine allein lebende Person in Deutschland bei 980 Euro im Monat (11 757 Euro im Jahr), für zwei Erwachsene mit zwei Kindern unter 14 Jahren bei 2 058 Euro im Monat (24 690 Euro im Jahr). Staatliche Sozialleistungen sind in den Einkommen bereits enthalten, Steuern und Sozialabgaben sind abgezogen. Referenzzeitraum für den Bezug der Einkommen ist bei LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) das der Erhebung vorangegangene Kalenderjahr (hier: 2011).

Frauen hatten – wie bereits in den Vorjahren – auch 2011 ein höheres Armutsrisiko als Männer. Dies gilt ausnahmslos für alle Altersgruppen. So lag die Quote für die weibliche Bevölkerung unter 18 Jahren mit 15,7 % zwar unter dem Bundesdurchschnitt, jedoch höher als die für die gleichaltrige männliche Bevölkerung (14,8 %). Bei Männern ab 65 Jahren fiel das Armutsrisiko im Jahr 2011 mit 13,3 % deutlich geringer aus als im

Anlagen:

Bundesdurchschnitt, bei den Frauen derselben Altersklasse lag die Quote mit 16,6 % jedoch darüber. Ähnlich hohe Unterschiede zwischen den beiden Geschlechtern ergaben sich auch in der Altersklasse zwischen 18 und 64 Jahren (Männer: 15,5 %; Frauen: 17,7 %).

Die Untergliederung nach Haushaltstypen zeigt, dass weit mehr als ein Drittel (38,8 %) der Personen, die in Haushalten von Alleinerziehenden lebten, im Jahr 2011 armutsgefährdet waren. Diese soziale Gruppe wies damit unter allen Haushaltstypen das höchste Armutsrisiko auf. Stark betroffen war mit insgesamt 32,4 % aber auch fast jede dritte allein lebende Person (Männer: 32,0 %; Frauen: 32,7 %). Dagegen war das Armutsrisiko von Personen in Haushalten von zwei Erwachsenen mit Kindern deutlich

Herausgeber:
© Statistisches Bundesamt
Pressestelle, Verbreitung mit
Quellenangabe erwünscht

Kontakt:
Telefon: +49 (0)611 / 75-34 44
Telefax: +49 (0)611 / 75-39 76
presse@destatis.de
www.destatis.de

Servicezeiten:
Mo - Do: 8.00 – 17.00 Uhr
Fr: 8.00 – 15.00 Uhr

Postanschrift:
65180 Wiesbaden
Deutschland

Statistisches Bundesamt



Pressemitteilung vom 25. Oktober 2013 – 361/13 – Seite 2

niedriger: Beispielsweise lagen die Quoten für zwei Erwachsene mit einem Kind bei 10,6 % und mit zwei Kindern bei 7,7 %.

Differenziert nach dem überwiegenden Erwerbsstatus im Einkommensjahr 2011 zeigen die Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2012, dass mit 69,3 % weit mehr als zwei Drittel der Menschen armutsgefährdet waren, die in Haushalten von überwiegend Arbeitslosen lebten. Personen in Haushalten von überwiegend Erwerbstätigen waren dagegen nur zu 7,8 % betroffen. Bei der Bevölkerung in Haushalten, deren Einkommen

Anlagen:

überwiegend aus Renten oder Pensionen bestand, lag die Armutsgefährdungsquote mit 15,1 % etwas unter dem Bundesdurchschnitt.

Weitere Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA 2012 sowie methodische Erläuterungen und Publikationen sind auf den Internetseiten des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de im Bereich Zahlen & Fakten -> Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen -> Lebensbedingungen, Armutsgefährdung verfügbar. Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) veröffentlicht die Ergebnisse aller an EU-SILC (European Union Statistics on Income and Living Conditions) teilnehmenden Länder in seiner Datenbank unter <http://epp.eurostat.ec.europa.eu> im Bereich „Statistiken -> Bevölkerung und soziale Bedingungen -> Einkommen und Lebensbedingungen -> Haupttabellen/Datenbank“. Durchschnittswerte für die Europäische Union insgesamt sind derzeit noch nicht verfügbar. Sie können von Eurostat erst dann ermittelt werden, wenn die Ergebnisse aus allen 28 Mitgliedstaaten vollständig bereit stehen. Zum Zeitpunkt der Herausgabe dieser Meldung sind bei Eurostat neben den deutschen Ergebnissen noch die Ergebnisse aus weiteren 17 EU-Mitgliedstaaten publiziert (Stand: 22. Oktober 2013).

Für weitere amtliche EU-Statistiken steht der Europäische Datenservice (EDS) unter <http://www.destatis.de/europa> zur Verfügung.

Weitere Auskünfte gibt: Silvia Deckl
Telefon: (0611) 75-8697,
www.destatis.de/kontakt

**Anteil der armutsgefährdeten Bevölkerung im Einkommensbezugsjahr 2011 nach
soziodemographischen Merkmalen –Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA 2012****Erhebungseinheiten**

Erfasste Haushalte:	13 145	
Erfasste Personen ab 16 Jahren:	23 587	
Schwellenwert für Armutsgefährdung¹⁾ im Einkommensbezugsjahr 2011	Euro/Monat	Euro/Jahr
Alleinlebende/r	980	11 757
2 Erwachsene mit 2 Kindern ²⁾ unter 14 Jahren	2 058	24 690

Armutsgefährdungsquote 2011 nach Sozialleistungen³⁾

nach Geschlecht/Alter		nach Haushaltstyp	
	in %		in %
Insgesamt	16,1	Personen in Haushalten ohne Kinder ²⁾	18,0
Frauen	17,2	Alleinlebende	32,4
Männer	14,9	Alleinlebende Frau	32,7
unter 18-Jährige	15,2	Alleinlebender Mann	32,0
Frauen	15,7	2 Erwachsene ohne Kind(er)	10,9
Männer	14,8	Personen in Haushalten mit Kindern ²⁾	13,5
18- bis unter 65-Jährige	16,6	2 Erwachsene mit einem Kind	10,6
Frauen	17,7	2 Erwachsene mit zwei Kindern	7,7
Männer	15,5	2 Erwachsene mit drei oder mehr Kindern	12,8
65-Jährige und Ältere	15,0	Alleinerziehende	38,8
Frauen	16,6	Nach überwiegendem Erwerbsstatus⁴⁾	
Männer	13,3		in %
75-Jährige und Ältere	12,6	Erwerbstätig	7,8
Frauen	14,8	Nicht erwerbstätig	24,4
Männer	10,6	Arbeitslos	69,3

- 1) Berechnungsgrundlage für Armutsgefährdung: 60 %-Median, modifizierte OECD-Skala.
- 2) Als Kind zählen alle abhängigen Kinder, das heißt Kinder unter 18 Jahren sowie Kinder zwischen 18 und 24 Jahren, sofern sie nicht erwerbstätig oder arbeitsuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben.
- 3) Renten und Pensionen zählen hier nicht zu den Sozialleistungen.
- 4) Personen ab 18 Jahren. Die Zuordnung zum Erwerbsstatus, den eine Person überwiegend, das heißt über einen Zeitraum von mehr als sechs Monaten im Einkommensbezugsjahr 2011 innehatte, erfolgt auf der Basis der Selbsteinschätzung der befragten Person.

© Statistisches Bundesamt, Pressestelle, Verbreitung mit Quellenangabe erwünscht

Statistisches Bundesamt



Pressemitteilung vom 25. Oktober 2013 – 361/13 – Seite 4

Methodische Erläuterungen zur Erhebung LEBEN IN EUROPA sowie zur Berechnung von Armutsgefährdung und sozialer Ausgrenzung:

EU-SILC (englisch: Community Statistics on Income and Living Conditions) ist die **EU-weit vergleichbare Datenquelle über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen** in Europa. Für die Statistik gelten in allen Mitgliedstaaten einheitliche Definitionen sowie methodische Mindeststandards. Die amtliche Erhebung, deren Durchführung und Aufbereitung den Mitgliedstaaten obliegt, wird in Deutschland seit 2005 jährlich unter der Bezeichnung LEBEN IN EUROPA durchgeführt.

Anlagen:

Ein Kernindikator, der aus LEBEN IN EUROPA ermittelt wird, ist die **Armutsgefährdungsquote**. Sie gibt an, wie hoch der Anteil der armutsgefährdeten Personen an der Gesamtbevölkerung ist. Zur Berechnung der Armutsgefährdungsquote wird zunächst das von allen Haushaltsmitgliedern tatsächlich erzielte Haushaltseinkommen des Vorjahres herangezogen (bei LEBEN IN EUROPA 2012 bezieht sich das Haushaltseinkommen auf das Jahr 2011). Es setzt sich zusammen aus dem Einkommen aus selbstständiger und unselbstständiger Erwerbstätigkeit, dem Einkommen aus Vermögen, Renten und Pensionen sowie empfangenen laufenden Sozialtransfers – wie zum Beispiel Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder Kindergeld. Direkte Steuern und Sozialbeiträge sind abgezogen. Dieses Haushaltseinkommen wird auf die Personen des Haushalts nach einem Gewichtungsschlüssel (Äquivalenzskala) verteilt, der unterschiedliche Haushaltsstrukturen berücksichtigt sowie den Umstand, dass Personen in einem Haushalt durch das Zusammenleben Einspareffekte bei den laufenden Kosten erzielen.

Die **Äquivalenzskala** weist jeder Person im Haushalt ein Gewicht zu. Nach der modifizierten OECD-Skala, die bei EU-SILC angewendet wird, erhält die erste erwachsene Person stets das Gewicht 1. Jede weitere Person erhält ein Gewicht, das die Größenordnung des Mehrbedarfs berücksichtigen soll, der durch diese Person entsteht: Weitere Erwachsene und Kinder ab 14 Jahren erhalten das Gewicht 0,5, Kinder unter 14 Jahren das Gewicht 0,3. So ergibt sich bei einer Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren beispielsweise das Gesamtgewicht 2,1. Das verfügbare Haushaltseinkommen wird nun durch die Summe der Gewichte dividiert. Das so ermittelte Einkommen der Personen wird als „bedarfsgewichtetes Äquivalenzeinkommen“ bezeichnet und jeder Person im Haushalt als persönliches Äquivalenzeinkommen zugeschrieben. Zu beachten ist, dass es sich beim Äquivalenzeinkommen um eine fiktive Rechengröße handelt.

Um das mittlere Einkommen zu ermitteln, wird der **Median** (Zentralwert) verwendet. Dabei werden die Personen ihrem Äquivalenzeinkommen nach aufsteigend sortiert. Der Median ist der Einkommenswert derjenigen Person, die die Bevölkerung in genau zwei Hälften teilt. Das heißt, die eine Hälfte hat mehr, die andere weniger Einkommen zur Verfügung. 60 % dieses Medianwertes stellen den **Schwellenwert für Armutsgefährdung** dar.

Anlagen:


Anlage 13:

- Süddeutsche Zeitung: Rentenpolitik – „Solidarische Lebensleistungsrente“;
<http://www.sueddeutsche.de/politik/neue-regierung-was-sie-ueber-den-koalitionsvertrag-wissen-muessen-1.1829140-9>, abgerufen am 03.04.2014

Süddeutsche.de**Politik**




Politik Panorama Kultur Wirtschaft Sport München Bayern Digital Auto

Home > Politik > Große Koalition > Kurzanalyse - Die Essenz des Koalitionsvertrags

 [Süddeutsche.de als Startseite einrichten](#)

27. November 2013 15:04 Neue Regierung

Rentenpolitik - "Solidarische Lebensleistungsrente"

Diskutieren	Seit Anfang 2012 können langjährig Beschäftigte nach 45
Versenden	Beitragsjahren und mit Erreichen des 65. Lebensjahrs ohne die sonst fälligen Abschläge in Rente gehen. Diese
Drucken	Ausnahmeregel, die mit der Rente mit 67 eingeführt wurde, wird nun auf Wunsch der SPD erweitert: Langjährig
	Versicherte sollen vom 1. Juli 2014 an sogar mit dem
	vollendeten 63. Lebensjahr in Rente gehen können. Auch die Zugangsvoraussetzungen für diese Rente mit 63 werden
	erweitert: Zeiten der Arbeitslosigkeit zählen bei den 45 Beitragsjahren künftig mit. Auf Dauer sollen die 63 Jahre aber
Feedback	nicht gelten. Das Eintrittsalter für die abschlagsfreie Rente wird parallel mit der Regelaltersgrenze jedes Jahr um einen

Anlagen:



Monat steigen. In 25 Jahren wäre dann aus der abschlagsfreien Rente mit 63 wieder die abschlagsfreie Rente mit 65 geworden.



Feedback

Die Union wollte die Lebensleistungsrente, die SPD die Solidarrente. Daraus wird nun die "solidarische Lebensleistungsrente". Minirenten von Geringverdienern, die 40 Jahre lang Beiträge gezahlt haben, sollen nun bis auf 30 Rentenpunkte, das sind derzeit etwa 844 Euro im Westen, aufgestockt werden. Bis 2023 sollen dafür auch 35 Beitragsjahre (inklusive Pflege- oder Kindererziehungszeiten) reichen. Weiter heißt es: "In allen Fällen werden bis zu fünf Jahre Arbeitslosigkeit wie Beitragsjahre behandelt." Die Zusatzrente soll es aber nur nach einer "Einkommensprüfung" geben. Nach 2023 soll eine zusätzliche Altersvorsorge Voraussetzung sein, um die neue Zusatzrente bekommen zu können. Die Kosten dürften sich auf etwa 2,5 Milliarden Euro im Jahr 2030 belaufen. Die Finanzierung soll teilweise aus Steuermitteln erfolgen.

ANZEIGE

Office I
Für

Hier inform

* Mehr Details



Feedback

Vom 1. Juli 2014 an wird auf Wunsch der Union für jedes vor 1992 geborene Kind ein Erziehungsjahr mehr angerechnet. Dies entspricht im Westen 28 Euro mehr Rente pro Monat. Die Kosten belaufen sich auf etwa 6,5 Milliarden Euro im Jahr. Wie das finanziert wird, steht nicht im Koalitionsvertrag. Das Geld dafür wird aber voraussichtlich aus der Rentenkasse genommen. Die Beiträge für die Rentenversicherung werden dann nicht - so wie zunächst geplant - von 18,9 auf 18,3 Prozent gesenkt. *Thomas Öchsner*

Seite 9 von 12 | Alles auf einer Seite

nächste Seite ➔

1. Was Sie über den Koalitionsvertrag wissen müssen
2. Innenpolitik - Ja zum Doppelpass
3. Arbeitsmarktpolitik - 8,50 Euro ab 2015
4. Netzpolitik - Rückkehr der Vorratsdatenspeicherung
5. Außenpolitik - Abkehr von Guido Westerwelle
6. Verteidigungspolitik - Programmierter Streit um Kampfdrohnen
7. Gesundheitspolitik - Termingarantie beim Facharzt
8. Familienpolitik - Der Geist von Kristina Schröder
9. Rentenpolitik - "Solidarische Lebensleistungsrente"
10. Verkehrspolitik - Bekommt die CSU die Maut?
11. Energiepolitik - Deckel für den Ökostrom

Anlagen:

Anlage 14:

- Thiede, Reinhold: Wie sicher ist der Lebensstandard im Alter?
Alterssicherung im Wandel, 9. Deutscher Seniorentag am 09.Juni 2009
in Leipzig;
http://www.volkssolidaritaet.de/cms/vs_media/Downloads/Bundesverband/PDF_Dateien/2009/090609Thiede.pdf, abgerufen am 01.02.2014

9. Deutscher Seniorentag
Forum B - I
am 9. Juni 2009 in Leipzig

Wie sicher ist der Lebensstandard im Alter? Alterssicherung im Wandel

Statement
von

DR. REINHOLD THIEDE,

Leiter des Bereichs Entwicklungsfragen der sozialen Sicherheit und Altersvorsorge
Deutsche Rentenversicherung Bund

Bedeutung und Grenzen der Sicherheit in der Alterssicherung

Es ist eine Binsenweisheit: Alterssicherung hat einen äußerst langen Zeithorizont. Viele derjenigen, die heute kurz vor ihrer Rente stehen, haben im Alter von 16 oder 17 Jahren ihren ersten Rentenbeitrag gezahlt; seither sind über 40, in manchen Fällen mehr als 45 Jahre vergangen. Und wie die aktuellen Statistiken der Bevölkerungswissenschaftler ausweisen haben 65-jährige Menschen heute im Schnitt noch eine Lebensspanne von über 20 Jahren vor sich – und im Einzelfall natürlich auch noch deutlich mehr. Die Alterssicherung, Einzahlungs- und Rentenphase zusammengenommen, umfasst damit einen Zeitraum von regelmäßig 50 oder 60, häufig auch von 70 oder 80 Jahren.

Vor diesem Hintergrund muss man die Frage, wie sicher ist der Lebensstandard im Alter, zweifellos mit einem gehörigen Maß an Vorsicht beantworten. Wir sollten so ehrlich sein einzugestehen, dass es uneingeschränkte Sicherheit, absolute Verlässlichkeit, über derart lange Zeiträume nicht geben kann. Dies wird jedem unmittelbar bewusst, der einmal auf sein bisheriges Leben zurückblickt: Wer von uns hätte z. B. im Alter von 15 Jahren erraten können, was in seinem weiteren Leben bis zum heutigen Tage noch geschehen würde. Über derart lange Zeiträume hinweg geschieht einfach viel Unvorhergesehenes, entwickeln sich Dinge manchmal völlig anders als man gedacht oder geplant hat – und zwar sowohl zum Guten wie zum Bösen.

Auf der anderen Seite ist klar, dass Sicherheit, gerade auch finanzielle Sicherheit, im Zusammenhang mit der Alterssicherung einen besonders hohen Wert hat. Während der Erwerbsphase hat man vielfältige Möglichkeiten und Chancen, Einkommenseinbußen auf die eine oder andere Art zu kompensieren. Im Ren-

Anlagen:

tenalter, insbesondere in einem höheren Rentenalter, bestehen diese Möglichkeiten dagegen nur noch sehr eingeschränkt oder überhaupt nicht mehr. Finanzielle Sicherheit auch für diese Lebensphase zu gewährleisten ist von daher ein wichtiges Ziel jeglicher Form von Alterssicherung.

Das veränderte Leitbild der deutschen Alterssicherung

3

Wie sicher ist nun der Lebensstandard im Alter? Die Antwort, die man auf diese Frage geben kann, hat sich in den vergangenen 10 bis 15 Jahren deutlich verschoben. Dies ist letztlich eine Folge davon, dass sich das Leitbild der Alterssicherung in Deutschland heute grundlegend anders darstellt als noch vor 10 oder 20 Jahren. Dieses Leitbild ließ sich seit der Rentenreform von 1957 durch das Schlagwort „Lebensstandardsichernde gesetzliche Rente“ charakterisieren. Das Leistungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung war so definiert, dass „nach einem erfüllten Erwerbsleben“ – d. h. nach langjähriger Versicherungsdauer – die Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung notfalls auch für sich allein genommen ausreichen sollte, um den zuvor erreichten Lebensstandard auch im Alter aufrechterhalten zu können.

Bereits seit Mitte der 90er-Jahre, ganz explizit jedoch mit den Rentenreformen der Jahre 2001 und 2004, hat es dann einen Wechsel des Leitbildes der deutschen Alterssicherung gegeben. Das neue, heutige Leitbild lässt sich am Besten

Anlagen:

umschreiben mit dem Schlagwort „Lebensstandardsicherung aus mehreren Säulen“. Auch nach langjähriger Versicherungszeit reicht danach die gesetzliche Rente für sich allein genommen nicht aus, um im Alter den zuvor erreichten Lebensstandard zu erhalten; dazu ist vielmehr im Regelfall erforderlich, dass neben der gesetzlichen Rente auch Leistungen aus einer Betriebsrente oder der privaten Vorsorge – also der 2. und 3. Säule unseres Alterssicherungssystems – bezogen werden. Das Leistungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung wird als Folge dieser Reformen langfristig sinken, der Aufbau von Anwartschaften in der 2. und 3. Säule dagegen staatlicherseits durch steuerliche Anreize und/oder direkte Zulagen in erheblichem Maße gefördert. Im Hinblick auf das Thema dieses Forums stellt sich deshalb die Frage: Ist die Sicherheit des Lebensstandards im Alter durch den Wechsel des Leitbildes der Alterssicherung in Deutschland größer oder aber kleiner geworden?

Altes versus neues Leitbild der Alterssicherung: Sicherheit und Risiken

Ich warne in diesem Zusammenhang ausdrücklich vor vorschnellen Antworten. Einerseits haben uns gerade die letzten Monate mit ihren Turbulenzen auf den Finanz- und Kapitalmärkten sehr deutlich gemacht, dass die Sicherheit der kapi-

talgedeckten betrieblichen und privaten Altersvorsorge nur ein eingeschränkt sein kann. Wie viel Rente man aufgrund der Einzahlungen in diese Systeme im Alter erhält, ist eben nicht zuletzt davon abhängig, wie viel Rendite sich mit den

Anlagen:

am Kapitalmarkt angelegten Beiträgen erwirtschaften lässt. Dies ist im Einzelfall einfach nicht vorhersehbar, die am Kapitalmarkt erzielbare Rendite – und damit dann auch die Höhe der späteren Betriebs- oder Privatrente – kann höher oder niedriger ausfallen als erwartet. Die Bundesregierung geht in ihren Modellrechnungen und bei Verwendung durchaus plausibler Annahmen davon aus, dass die Rendite der kapitalgedeckten Zusatzvorsorge – unter Berücksichtigung der staatlichen Förderung – so groß ist, dass die Leistungen aus der Zusatzsicherung die Minderung des gesetzlichen Leistungsniveaus im Regelfall zumindest kompensieren kann.

Insbesondere in Ländern, in denen die Bedeutung der kapitalgedeckten Alterssicherung im Gesamtsystem deutlich größer ist als in Deutschland – also z. B. in Großbritannien, den USA oder der Schweiz – hat die aktuelle Finanzmarktkrise deutliche Spuren in der Alterssicherung hinterlassen. In Deutschland, wo die Leistungen der 2. und 3. Säule derzeit nur etwa 20 % des Gesamteinkommens im Alter ausmachen und zudem die gesetzliche Regulierung dieser Systeme relativ weitreichend ist, sind dagegen bislang zumindest noch keine dramatischen Entwicklungen in diesem Bereich bekannt geworden. Unstrittig ist aber: In dem neuen Leitbild der „Lebensstandardsicherung aus mehreren Säulen“ ist die Sicherheit des Lebensstandards im Alter u. a. von den Entwicklungen auf den Kapitalmärkten abhängig.

Auf der anderen Seite sollte man jedoch bedenken, dass auch unter den Bedingungen des früheren Leitbildes der lebensstandardsichernden gesetzlichen Rente eine völlige Sicherheit des Lebensstands im Alter kaum gegeben war. Die bereits angesprochenen Rentenreformen der vergangenen 15 Jahre waren ja gerade dadurch motiviert, dass man die „Nachhaltigkeit“ des damaligen Leitbildes vor dem Hintergrund der absehbaren demographischen Veränderungen anzweifelte. Es erschien zunehmend unsicherer, ob das zugesagte Rentenniveau auch in Zukunft tatsächlich finanzierbar sein würde. Unstrittig ist jedenfalls, dass von dem absehbaren demographischen Wandel – d. h. der sog. „Alterung“ der Bevölkerung: Zunahme des Anteils der älteren Menschen, Rückgang des Anteils der Er-

werbstätigen und Jüngeren – die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung gravierend betroffen ist.

Die Rentenversicherung selbst hatte Ende der 80er Jahre ein Gutachten in Auftrag gegeben, das – für den Fall einer unveränderten Beibehaltung des damaligen Rentenrechts – als Folge der demographischen Entwicklungen bis zum Jahr 2030 einen Beitragssatzanstieg auf rd. 40 % prognostizierte. Auch nach den ersten Reformen der frühen 90er Jahre kamen unsere Schätzungen für den Fall, dass das reformierte Rentenrecht von jenem Zeitpunkt an unverändert beibehalten worden wäre, für das Jahr 2030 noch zu einem Beitragssatzanstieg auf annähernd 27 %. Um ihrem Anspruch gerecht zu werden, notfalls auch für sich allein genommen eine lebensstandardsichernde Rente zahlen zu können, musste die gesetzliche Rentenversicherung nach dem früheren Leitbild also darauf vertrauen, dass die künftigen Beitragszahlergenerationen Beitragssätze in dieser Größenordnung akzeptieren und entsprechende Einzahlungen tatsächlich leisten würden. Nach dem früheren Leitbild der Alterssicherung war die Sicherheit im Alter somit im Wesentlichen von der Zahlungsbereitschaft und der Zahlungsfähigkeit der künftigen Beitragszahler abhängig. Je nachdem, wie man die Arbeitsmarktchancen der künftigen Erwerbsgenerationen beurteilt, konnte man in dieser Hinsicht optimistischer oder pessimistischer sein.

Fazit: Nur eine starke Rentenversicherung und leistungsfähige betriebliche und private Zusatzsicherung können den Lebensstandard im Alter sichern

Im Ergebnis zeigt sich also, dass die Sicherheit des Lebensstandards im Alter stets von äußeren Einflüssen abhängig ist: In unserem alten Leitbild im Wesentlichen von der Fähigkeit und Bereitschaft der künftigen Beitragszahler zur Zahlung eines deutlich höheren Beitragssatzes, nach dem neuen Leitbild stärker von den Entwicklungen auf den Kapitalmärkten. Welche dieser Abhängigkeiten größere Unsicherheiten für die Alterssicherung schafft, kann man sicher unterschiedlich beurteilen. Festzuhalten gilt aber, dass es eine absolute Sicherheit im Hinblick

Anlagen:

auf den Lebensstandard im Alter weder nach dem Konzept der lebensstandard-sichernden gesetzlichen Rente noch nach dem Leitbild der Lebensstandardsicherung aus mehreren Säulen geben kann.

6

Vor diesem Hintergrund ist es aus meiner Sicht sinnvoll und notwendig darauf zu achten, dass auch in dem neuen Leitbild der Lebensstandardsicherung aus mehreren Säulen die gesetzliche Rentenversicherung die wesentliche Säule bleibt. Wenn man der betrieblichen und privaten Alterssicherung eine zu große Bedeutung zuweist, entsteht eine so starke Abhängigkeit der Alterssicherung von den Entwicklungen am Kapitalmarkt, dass die Höhe der Alterseinkünfte wesentlich dadurch bestimmt wird. Auf der anderen Seite sollte man aber auch nicht übersehen: Ein Zurück zu dem früheren Leitbild der Lebensstandardsicherung allein durch die gesetzliche Rente würde bedeuten, dass die nächste Generation von Beitragszahlern deutlich höhere Beiträge zahlen müsste, um unsere Renten zu finanzieren. Letztlich erscheint mir deshalb der in Deutschland eingeschlagene Weg einer moderaten Senkung des Leistungsniveaus der gesetzlichen Rentenversicherung zur Begrenzung des künftigen Beitragssatzanstiegs bei gleichzeitiger sozialpolitisch ausgerichteter Förderung der Zusatzvorsorge ein zumindest diskussionswürdiger Ansatz zur Bewältigung der absehbaren demografischen Veränderungen.

Anlagen:

Ein weiterer, aus meiner Sicht mindestens ebenso wichtiger Aspekt sei zum Schluss noch kurz angesprochen: Gegenstand dieses Forums ist die Frage der Sicherheit des Lebensstandards im Alter. Ein weniger beachteter, gleichwohl aber ähnlich wichtiger Teil der Alterssicherung ist jedoch die Sicherung des Lebensunterhalts bei vorzeitiger Erwerbsunfähigkeit. Der Wandel des Leitbildes unserer Alterssicherung trifft diese Facette des Rentensystems in gleicher Weise wie die Versorgung im Alter. Auch im Hinblick auf die Sicherung bei Erwerbsminderung gilt: Der zuvor erreichte Lebensstandard kann in Zukunft nur dann gehalten werden, wenn man neben der gesetzlichen Rente über ergänzende Einkünfte aus der betrieblichen oder privaten Vorsorge verfügen kann. Eine Zusatzabsicherung gegen das Risiko der Erwerbsminderung ist aber bei privaten Versicherung insbesondere für besonders gefährdete Berufsgruppen nur zu außerordentlich hohen Kosten oder auch überhaupt nicht zu erlangen. Wir sollten deshalb unser Augenmerk in Zukunft verstärkt gerade auch auf die Frage richten, wie sicher der Lebensstandard im Falle der vorzeitigen Erwerbsunfähigkeit ist. Aus meiner Sicht scheinen die Fragezeichen im Hinblick auf diesen Aspekt jedenfalls um einiges größer als hinsichtlich der reinen Alterssicherung.